



Antrag

der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen, FDP, Piraten und der Abgeordneten des SSW

Rechte von trans- und intersexuellen Menschen stärken

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht sich für gleiche Rechte von transsexuellen und intersexuellen Menschen aus. Der Landtag bittet die Landesregierung, sich im Bund und auf internationaler Ebene für die Rechte von transsexuellen und intersexuellen Menschen einzusetzen und entsprechende Initiativen für ihre Gleichstellung zu ergreifen. Dazu gehören u.a. folgende Punkte:

- Novellierung des Transsexuellengesetz nach Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts, so dass eine Änderung der Vornamen und die Berichtigung des Personenstandes beim Standesamt ohne erniedrigende, psychopathologisierende Begutachtung möglich sind und zur rechtlichen Bestimmung des Geschlechts nicht äußere Geschlechtsmerkmale, sondern das subjektive Empfinden des betroffenen Menschen ausschlaggebend ist.
- Berücksichtigung der vollzogenen Aufhebung von Altersgrenzen für die Namens- und Personenstandsänderungen in der gerichtlichen und behördlichen Praxis.
- Einsatz der Bundesregierung in internationalen Gremien für die Entpathologisierung der Transsexualität: Dazu gehört zum Beispiel die Streichung der Transsexualität von der Liste psychischer Krankheiten bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO).
- Stärkung der Organisationen, die transsexuelle und intersexuelle Menschen beraten und ihre Interessen vertreten.

- Aufbau eines digitalen Vernetzungs- und Informationsportals (Wissensnetz) für intersexuelle und transsexuelle Menschen und deren Angehörige.
- Verbesserte Berücksichtigung der Belange intergeschlechtlicher und transsexueller Menschen bei der medizinischen Aus- und Fortbildung.
- Sicherstellung, dass geschlechtszuweisende und -anpassende Operationen an minderjährigen intersexuellen Menschen ohne deren ausdrückliche Einwilligung nicht mehr durchgeführt werden.
- Gewährleistung, dass intergeschlechtliche Jugendliche über die an ihnen vorgenommenen medizinischen Maßnahmen umfassend informiert werden und an der Wahl der Therapie beteiligt werden.

Begründung:

Viele transsexuelle und intersexuelle Menschen sind in der deutschen Gesellschaft immer noch stark von Diskriminierung und Fremdbestimmung betroffen. Sie leiden unter häufiger Diskriminierung und mangelnder Unterstützung. Die Ausgrenzung von Menschen, die ihr tatsächliches Geschlecht vom Staat anerkennen lassen möchten oder die das Zweigeschlechtersystem ablehnen, ist weit verbreitet und führt zu Nachteilen bei Bildung, Gesundheitsversorgung, im Arbeitsleben und bei der sozialen Teilhabe. Dies ist nicht hinzunehmen.

Wolfgang Baasch
und Fraktion

Rasmus Andresen
und Fraktion

Dr. Heiner Garg
und Fraktion

Torge Schmidt
und Fraktion

Flemming Meyer
und die
Abgeordneten des SSW